

Schwerpunkt Europa der Mercator-Stiftung – Stärkung des Selbstverständnisses einer europäischen Bürger*innenschaft

Überlegungen von Michael Wimmer/Jänner 2018

Vor etwas mehr als zehn Jahren veröffentlichte die Europäische Kommission eine „Europäische Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung.“¹ Sie beginnt mit einem Statement des Schweizer Vorkämpfers der europäischen Integration Denis de Rougemont, wonach „Europa eine Kultur oder bedeutungslos sei“. Dieser Beschwörungsformel folgt bereits wenige Absätze später der Hinweis, dass die Europäische Union über keine genuine Kulturkompetenz verfüge, vielmehr die Zuständigkeit für Kultur bei den Mitgliedsstaaten liege und die EU deren Bemühungen bestenfalls unterstützen bzw. ergänzen könnte.

In der Zwischenzeit hat die Europäische Union eine Reihe von Maßnahmen aufgelegt, die allesamt darauf gerichtet sind, den Gedanken eines gemeinsamen europäischen Kulturraums zumindest indirekt zu befördern; die damit verbundenen Absichten reichen von der Förderung der transnationalen Mobilität von Künstler*innen über die Wahrung eines gemeinsamen kulturellen Erbes, der Förderung von Cultural and Creative Industries, der Erleichterung des Zugangs bis zur Förderung des interkulturellen Dialogs. Damit hat sich die Europäische Union als eine wichtige Ansprechpartnerin vor allem bei der Durchführung transnationaler Kooperationsprojekte im Kultur- und auch im Bildungsbereich empfohlen.

Zurzeit deutet wenig darauf hin, dass diese Bemühungen zu einer nachhaltigen Vertiefung eines europäischen Bewusstseins nicht nur in den engen Grenzen des Kulturbetriebs, sondern auch in breiteren Teilen der Gesellschaft geführt haben. Auch wenn jüngste Eurobarometer-Daten eine Trendwende in Aussicht stellen², so spricht doch vieles dafür, dass die wachsenden ökonomischen, sozialen und politischen Krisen, die den Kontinent seit 2008 in den Griff genommen haben, die Hoffnungen Rougemonts in weite Ferne haben rücken lassen. Stattdessen sind wir mit einer beträchtlichen Vertrauenskrise gegenüber den EU-Institutionen konfrontiert, die wider den Geist europäischer Integrationsbemühungen eine Rückkehr zu nationalstaatlichen Prioritätensetzungen bewirkt haben.³

Geht es nach den Anforderungen einer globalisierten Welt, dann erweisen sich abgegrenzte Territorien rasch als obsolet; stattdessen regieren grenzenlose Märkte und eine damit einhergehende Unvermeidlichkeit von Migrationsbewegungen. Ganz offensichtlich haben diese Dynamiken zu einer Überforderung überkommener Zugehörigkeitsgefühle geführt. Die damit verbundenen Frustrationen konterkarieren ein bislang nur sehr rudimentär entwickeltes, den Kontinent umspannendes Heimatgefühl. Zu Tage treten bereits ein für alle Mal überwunden geglaubte Tendenzen europäischer Desintegration in Gestalt von Angstproduktion und damit verbundener kollektiver Verunsicherung. Darüber hinaus nehmen populistische Politikkonzepte samt

¹ <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52007DC0242&from=DE>

² https://ec.europa.eu/germany/news/eurobarometer-europaeer-sehen-zukunft-der-eu-und-wirtschaftslage-wieder-optimistischer_de

³ https://ec.europa.eu/austria/news/eurobarometer-umfrage-f%C3%BCr-%C3%B6sterreich-wachsender-pessimismus-aber-%C3%B6sterreicher-sehen-eu-bei_de

Renationalisierungsversuche überhand; allesamt Ingredienzien, die ganz entgegen den propagierten europäischen Werten zu wachsender Illiberalität, Autoritarisierung und Entsolidarisierung führen.

Konnte Jean Monnet, einer der Gründerväter der EU, noch von der Überzeugung ausgehen, dass die europäischen Nationalstaaten, die für ihn vor allem ökonomische Interessen nationaler Eliten verkörpern haben, im Zuge eines umfassenden europäischen Integrationsprozesses bald an Bedeutung verlieren würden, wird heute – nicht nur im Rahmen einer neuen Welle separatistischer Bewegungen – der Ruf nach neuen Grenzziehungen unüberhörbar. Dazu kommt die politisch motivierte Infragestellung der traditionell proeuropäischen Eliten, die sich zunehmend dem Vorwurf ausgesetzt sehen, die sozialen Interessen ihrer nationalen Mitbürger*innen an eine nur ihre eigenen Interessen verfolgende europäische Nomenklatura zu verraten. Eine solche Konstellation ist nicht dazu angetan, ein europäisches bürgerschaftliches Bewusstsein zu vertiefen. Sie ist stattdessen Stoff für die Erfolgsgeschichte einer neuen Generation von national oder regional agierender Volkstribunen, die darauf abzielen, sich mit einem verunsicherten Volk gegen zunehmend defensiv agierende proeuropäische Eliten zu verbünden. Separationsbewegungen in Katalonien, Schottland oder Südtirol lassen die Frage, ob diese Form der Regionalisierung zu einem „Europa der Regionen“ beizutragen oder diesem entgegen wirkt, noch offen; Polen, die aktuellen Führungen in Polen, der Slowakei, Ungarn oder der Tschechischen Republik fördern klar desintegrative Tendenzen.

Ein Kontinent in permanenter territorialer Bewegung

Der integrationspolitische Backlash, der Europa gegenwärtig überzieht, sollte nicht über den Umstand hinwegtäuschen, dass der Kontinent historisch in besonderer Weise durch permanente Auseinandersetzungen um Grenzziehungen und deren Auflösung geprägt war und bis heute ist. Diese laufenden Änderungen der Gestalt Europas im Zuge unterschiedlichster Interessenkonstellationen haben einerseits eine furchtbare Spur der Grausamkeit und Zerstörung inner- und außerhalb seines Territoriums gelegt. Die damit verbundenen Konfliktlösungsversuche haben aber auch die Bedingungen für eine globale Modellregion geschaffen, die Menschenrechte, Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit zu unhintergehbaren Standards des gesellschaftlichen Zusammenlebens im Weltmaßstab haben werden lassen.

Aus historischer Sicht gilt es, sowohl den Aspekt der permanenten Konflikthaftigkeit als auch die Fähigkeit zur friedlichen Lösung im Rahmen territorialer, sozialer und politischer Veränderungen in das europäische Bewusstsein einzuschreiben. Daraus erklären sich die Bemühungen um den europäischen Einigungsprozess nach 1945, der ohne die Erfahrung zweiter Weltkriege, die beide von Europa ihren Ausgang genommen haben, so wohl nicht zustande gekommen wäre. Mit dem Tod der letzten Augenzeugen treten die außerordentlichen Ausgangsbedingungen in Gestalt eines weitgehend zerstörten Kontinents in den Hintergrund. Und doch waren sie konstitutiv für die Gründung der Europäischen Union als einem Friedensprojekt, das mithilfe der Intensivierung transnationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit auf den Weg gebracht werden sollte.

Dieser schleichende Verlust dieser so einschneidenden historischen Erfahrungen trägt dazu bei, die in Europa erkämpften zivilisatorischen Errungenschaften angesichts der aktuellen Krisenerscheinungen in Frage zu stellen. **Mit dem** als alternativlos vermittelten Umbau Europas zu einer Festung zur Abwehr freiwilliger und unfreiwilliger Migrationsbewegungen zahlt Europa freilich einen hohen Preis: Immerhin werden damit genau die besonderen Qualitäten des friedlichen Zusammenlebens in einem immer wieder neu zu gestaltenden Umfeld, die Europa zu einer globalen Referenz haben werden lassen, noch einmal fundamental in Frage gestellt. **Diese** Fehlentwicklung

erscheint umso verhängnisvoller, als es gerade dieser Referenzcharakter ist, der Menschen von außerhalb die Vorstellung eines „Sehnsuchtsorts Europa“ aufrechterhalten lässt, der vielleicht mehr über die europäische Idee erzählt als der Bewusstseinsstand vieler, die diese Idee als alteingesessene Bewohner*innen repräsentieren.

Der große Erfolg des europäischen Einigungsprozesses in der Phase der Nachkriegszeit wäre nicht erklärbar ohne die Berücksichtigung einer historisch einmaligen ökonomischen Wachstumsphase, der die sozialen Verhältnisse vieler Bürger*innen in Europa nachhaltig verbessert hat. Zu Tage trat damit ein spezifisch europäisches Modell von Wohlfahrtsstaatlichkeit, das als Ausdruck besonderer wirtschaftlicher Prosperität in der Lage war, die auftretenden sozialen Konflikte weitgehend friedlich zu lösen und darüber hinaus potentielle Konflikte rund um die große geografische, ethnische, religiöse, soziale und kulturelle Vielfalt der Bevölkerungen nicht eskalieren zu lassen. So unterschiedlich sich die nationalen Sozialsysteme entwickelt haben, so ist ihnen doch der Anspruch gemeinsam, die Ungleichheiten innerhalb seiner Bürger*innenschaft nicht allzu weit auseinander driften zu lassen, um so den sozialen Frieden nicht zu gefährden. Trotz mannigfacher Bemühungen ist es bislang nicht gelungen, die soziale Harmonisierung Europas (Stichwort „Sozialunion Europa“) voranzubringen, ein Umstand, der wesentlich dazu beiträgt, dass eine, durch den europäischen Einigungsprozess begünstigte Aufsteigergeneration, die heute um ihre Bestandsinteressen bangt, im Zeichen sinkender Wachstumsraten (und damit verbundener Verschärfung sozialer Ungleichheit) eher auf die nationale als auf die europäische Karte setzt, wenn es um die Verteidigung ihrer je spezifischen sozialen Stellung in der Konkurrenzgesellschaft geht.

Europäer*innen erkennen sich wieder im Kampf um gemeinsame soziale Standards

Vieles spricht für die Vermutung, dass die Herausbildung eines nationalen Bewusstseins eng an die Existenz einer Erfolgsgeschichte geknüpft ist, an der die Bewusstseinträger*innen einen aktiven Anteil hatten und haben. Entsprechend verstehen sich Nationen als „politische Erfindungen“ immer als Ausdruck sozialer Kämpfe in der Regel derer, die daraus siegreich hervorgegangen sind. Eine solche Geschichte kann für Europa bislang nicht erzählt werden. „Man müsste Europa als Nation neu erfinden“, meint dazu der Historiker Christian Jansen, um so ein prägendes transnationales Heimatgefühl zu entwickeln. Voraussetzung dafür wäre - so jedenfalls meine Vermutung - die Mitwirkung bzw. aktive Beteiligung an der Erringung gemeinsamer sozialer Standards, die für europäische Bürger*innen als eine Erfolgsgeschichte unmittelbar spürbar und erlebbar sind. Diesbezügliche Erfolge wären auch die notwendige Voraussetzung für einen produktiven Umgang mit Diversität als einer Ressource künftiger Prosperität, die zurzeit verschleudert bzw. in erster Linie zur Verschärfung sozialer Konfliktlagen genutzt wird.

Dass Erzählungen des transnationalen Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher sprachlicher, ethnisch-kultureller oder religiöser Herkunft erfolgreich formuliert werden können, bezeugen Vorgängerversuche der Europäischen Union. Besonders gerne wird dafür der Vielvölkerstaat in Gestalt der k.u.k. Monarchie als einer viele Jahrhunderte überdauernden mitteleuropäischen Großmacht ins Treffen geführt. Wieder sind es Beobachter von außen, in diesem Fall US-amerikanische Historiker wie Robert Cooper und Timothy Snyder, die uns einladen, „to learn from the Habsburg experience“. In ihrer Analyse des Zusammenlebens unterschiedlicher Völker unter dem gemeinsamen Dach der Monarchie zeichnen sie die Umriss einer allen Bewohner*innen gemeinsamen Erzählung, die die Chance böte, sie auf die aktuellen Verhältnisse zu adaptieren. Immerhin sind sie davon überzeugt, dass „in the next few years it will be crucial that the EU strives

for new sources of legitimacy. Without this, new generations will lose interest in Europe as a space of quality of life and tolerance.”⁴ Einmal mehr könnten Autor*innen von entscheidender Bedeutung sein, wenn es darum geht, diesen nächsten Generationen eine überzeugende Geschichte zu erzählen, die die Bereitschaft des Zusammenwirkens über überkommene nationale Grenzen hinweg sinnlich-ästhetisch erfahrbar macht. Sie alle können sich an Figuren wie Joseph Roth messen, der in seinem Roman „Radetzky marsch“ als einem Abgesang auf die österreichisch-ungarische Monarchie als einer frühen Form des multi-ethnischen Zusammenlebens die schrecklichen Folgen eines nochmaligen Scheiterns diesbezüglicher politischer Bemühungen heraufbeschwört.

Es sind die Künstler*innen, die über die Kraft einer erneuerten europäischen Erzählung verfügen

In einem jüngst veröffentlichten Essay von Karin Janker „Die Kraft des Erzählens“⁵ macht die Autorin noch einmal die besondere Bedeutung des Erzählens zur Schaffung eines europäischen Heimatempfindens deutlich. Als ein herausragendes Beispiel weist sie auf den Roman des bosnischen Autors Saša Stanišić „Wie der Soldat das Grammophon repariert“⁶ hin, in dem dieser den Versuch unternimmt, nicht eine von anderen vorgegebene Heimat zu bewahren, sondern im Verlust derselben eine solche neu zu erfinden: „In Bosnien hat es geschossen am 20. August 1992. In Heidelberg hat es geregnet. Es hätte auch Osloer Regen sein können; jede Heimat ist eine zufällige – dort wirst du halt geboren, hierhin vertrieben, da drüben vermachst du deine Nieren an die Wissenschaft. Glück hat, wer den Zufall beeinflussen kann. Wer sein Zuhause nicht verlässt, weil er muss, sondern weil er will“.

In der Person Stanišić ist es einmal mehr ein von außen Kommender, der sich in besonderer Weise um die Ausgestaltung eines europäischen Bewusstseins bemüht. Dies spricht dafür, dass es ausgerechnet die Zuwander*innen sind, die Europa als einem Ort, in dem sie ihre Vorstellungen eines sinnstiftenden Zusammenlebens verwirklichen können, eine besondere Kraft zuschreiben. Dafür sind sie im letzten bereit, nicht nur ihre gewohnte Umgebung, sondern ihr Leben zu opfern. Folglich spricht vieles dafür, auf der Suche nach einer Erneuerung und Vertiefung des europäischen Bewusstseins seiner Bürger*innen Flüchtlingen besonders gut zuzuhören: Wenn sie sich Schleppern ausliefern, die gefährliche Reise über das Mittelmeer auf sich nehmen oder auf anderen Wege trotz mannigfacher Barrieren eine neue Heimat suchen, wo immer in Europa diese zu finden ist: Die Geschichten, schreibt Janker, die diese Neuankömmlinge von Europa erzählen, so utopisch sie auch klingen mögen, sollten wir auf uns wirken lassen, wenn es darum geht, die Idee einer gemeinsamen europäischen Bürgerschaft („European Citizenship“) nicht nur technisch zu verordnen, sondern „mit Leib und Seele“ erfahrbar zu machen. Und selbst wenn Menschen außerhalb Europas das Territorium erst gar nicht betreten (wollen), spricht vieles dafür, bei der künftigen Ausgestaltung eines europäischen Bewusstseins das Außensicht stärker als bisher zu berücksichtigen.⁷ Immerhin könnte es sein, dass es die Beziehungen zum östlichen und südlichen Mittelmeerraum und zu Afrika sein werden, deren Außensichten sich als entscheidend für die Zukunft des europäischen Projekts erweisen könnten.

⁴ http://www.iwm.at/files/IWMpost_111.pdf

⁵ <http://www.sueddeutsche.de/kultur/was-ist-heimat-die-kraft-des-erzaehlens-1.3810201>

⁶ <https://www.perlentaucher.de/buch/sasa-stanisic/wie-der-soldat-das-grammophon-repariert.html>

⁷ Dies entspricht auch den vielfach geäußerten Erfahrungen von Bürger*innen ganz unterschiedlicher nationaler Zugehörigkeiten, die erst im Zuge von Auslandsaufenthalten in der Kommunikation mit dort Ansässigen auf ihr Europäertum gestoßen werden bzw. sich in einer eben solchen Zuschreibung wieder finden können.

Europa „mit Kopf, Herz und Hand“

Folgt man rationalen Argumentationslinien, dann existiert weitgehender Common Sense darüber, dass eine Reihe von entscheidenden gesellschaftspolitischen Fragen nur auf europäischer Ebene in gemeinsamer politischer Anstrengung gelöst werden können: dazu zählen Umweltprobleme, die Bekämpfung des Terrorismus und des Steuerbetrugs, weite Teile der Kommunikations- und Technologieentwicklung oder die Schaffung transparenter Rahmenbedingungen zur Tätigkeit transnationaler Unternehmen. Im Vergleich zur Anerkennung eines solchen pragmatischen gemeinsamen Handlungsbedarfes sind in den letzten Jahren stärker gefühlsbezogene Dimensionen europäischer Gemeinschaftlichkeit weitgehend in den Hintergrund gerückt. Dieses Defizit hängt eng mit dem Fehlen einer europäischen Zivilgesellschaft zusammen, die in der Lage wäre, eine meinungsbildende europäische Öffentlichkeit herzustellen und aufrecht zu erhalten.

Nach meinem Dafürhalten hängt dieses Defizit eng mit dem Mangel an Mitwirkungsrechten der europäischen Bürger*innen bei der weiteren Ausgestaltung dieses länderübergreifenden gesellschaftspolitischen Projektes zusammen. Geboren aus der Not der unmittelbaren Nachkriegszeit zur Vermeidung ähnlich desaströser politischer Entwicklungen wie in den 1920er und 1930er Jahren verstand sich die Frühform der Europäischen Union als ein weitgehendes Oktroi von oben im besten Sinn. Die negativen Wirkungen zeigen sich erst heute in vollem Ausmaß, wenn aktuelle populistische Angebote eine Stärkung der direkten Demokratie versprechen und doch nichts anderes im Sinn haben als die Befestigung ihrer eigenen Machtansprüche. In ihrer heute propagierten Form sind sie alles andere als in der Lage, die eklatanten Demokratiedefizite des europäischen Projektes, die von Politikwissenschaftler*innen wie Ulrike Guérot⁸ zu Recht kritisiert werden, zu kompensieren. Vieles spricht dafür, dass neue Formen der Mitwirkung erkämpft werden wollen, die den Beteiligten das Gefühl vermitteln, das Geschehen zu beeinflussen und an der Ausgestaltung der Idee Europa aktiv mitzuwirken.

Die negativen Auswirkungen eines globalen Kapitalismus, die auf eine Vertiefung der sozialen Ungleichheit inner- und außerhalb der überkommenen Nationengrenzen hinzielen, ohne dass nationale Politiken noch einmal in der Lage wären, diesen Trends signifikant entgegenzuwirken, lassen früher oder später auf eine Verschärfung auch sozialer Kämpfe schließen. Vom Vermögen der Organe der Europäischen Union im Zusammenwirken mit der Zivilgesellschaft, diese Kämpfe in Richtung einer über die nationalen Grenzen hinausreichenden handlungsfähigen Sozialunion in geordnete Bahnen zu lenken, wird es abhängen, ob das europäische Projekt nicht nur auf dem Papier, sondern in den Köpfen und Herzen seiner Bürger*innen eine Zukunft haben wird.

Über den Bedarf einer europäischen Öffentlichkeit

Während im digitalen Raum politisch noch weitgehend unreflektierte immer neue Teilöffentlichkeiten entstehen, verringern sich die physischen Räume zur Herstellung von zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeiten. Dass es seit der Gründung der EU nicht gelungen ist, ein tagesaktuelles europäisches Medium, etwa in Form einer Tageszeitung auf den Markt zu bringen, zeugt von der ganzen Tragweite des Problems. In dem Maße, in dem Parteien, Kirchen oder Wohlfahrtsverbände ihre bisherigen Orte der Vergemeinschaftung preisgeben (müssen), erhöhen sich die Chancen für den Kunst-Kulturbetrieb, diese Lücke zu schließen, um so zu neuer gesellschaftlicher Relevanz zu gelangen. Voraussetzung dafür ist freilich eine Neupositionierung im

⁸ <https://derstandard.at/2000056814520/Politologin-Guerot-Wir-brauchen-die-Nation-nicht-mehr>

gesellschaftlichen Gefüge, die sich nicht mehr auf die traditionelle Trägerschaft eines kundigen Stammpublikums stützt, sondern bereit ist, neue Beziehungen mit ihrem sozialen Umfeld herzustellen und dieses zur aktiven Mitwirkung einzuladen. Zugute kommt dem Kulturbetrieb dabei sein weitgehend transnationaler Charakter, wenn er in seinen Räumen Künstler*innen mit all ihren Diversitätsansprüchen zusammenbringt und zu gemeinsamen Aktionsformen einlädt. Als solcher wäre er – im Prinzip – in der Lage, einen herausragenden Beitrag bei der Produktion zumindest symbolischer Repräsentationsformen europäischer Vergemeinschaftung zu leisten.

Auf der Suche nach einer europäischen Bürgerschaftlichkeit

Die zentrale These dieses Gedankens besteht darin, auf der Basis einer kritischen Reflexion der sich zuspitzenden gesellschaftspolitischen Verhältnisse in Europa noch einmal den Versuch zu wagen, die Idee europäischer Bürgerschaft mit zeitgemäßen und auch breitere Teile der nationalen Gesellschaften überzeugenden Inhalten auszustatten. Hinter einer solchen Perspektivenentwicklung zeigen sich rasch die Umrisse eines gemeinsam verbindlich-verbindenden Qualifikationsbedarfes, der in diesem ersten Versuch nur sehr kursorisch skizziert werden kann:

Bildung als zentrale Ressource des europäischen Einigungsprozesses

Wenn die Gründungsväter der Europäischen Union davon ausgegangen sind, dass die Intensivierung der transnationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit eine hinreichende Triebkraft des Einigungsprozesses darstellen kann, so spricht in der gegenwärtigen Phase vieles dafür, Bildung als zentrale Ressource stärker in den Blick zu nehmen: Nach den Standardisierungsversuchen im Rahmen des Bologna-Prozesses wird der Bedarf immer deutlicher, sich noch einmal auf die Suche nach einem genuin aus der europäischen Tradition der Aufklärung erwachsenden Bildungsselbstverständnis zu machen. Ein solches wird sich nicht auf Zurichtungsversuche auf hypostasierte Arbeitsmarkterfordernisse beschränken können, sondern im Sinne einer umfassenden Persönlichkeitsentwicklung möglichst aller Potentiale der Lernenden abzustellen versuchen. Eine Reihe empirischer Befunde legt die Einsicht nahe, dass es gerade die Beschäftigung mit der ganzen Vielfalt künstlerischer Ausdrucksformen ist, die es in herausragender Weise möglich macht, auf die Unwägbarkeiten künftiger kollektiver ebenso wie individueller Entwicklungen vorzubereiten. Dazu gehört auch die Fähigkeit sich auf gleichermaßen spielerische und doch ernste Weise mit dem Fremden als zentrales Faktum der europäischen Migrationsgesellschaften auseinanderzusetzen und als unhintergehbaren Bestandteil des Eigenen zu begreifen zu lernen.

Zur Tradition der europäischen Aufklärung gehört auch die Einübung in konstruktive Kritikfähigkeit. Das kollektive Wissen um ihre produktive Bedeutung schafft nicht nur die notwendige Voraussetzung für jede Art sozialer und technischer Innovationen. Darüber hinaus stellt sie die Grundbedingung für die Bekämpfung aller Formen der Illiberalität und des zunehmend grassierenden Neo-Autoritarismus dar und entscheidet so über die Zukunft eines demokratisch verfassten Europas.

Bedeutung europäischer Wohlfahrtstaatlichkeit

Wie bereits erwähnt zeichnet sich Europa u.a. durch sein Modell des Wohlfahrtsstaates aus. Dieser ist das Ergebnis zum Teil heftig ausgetragener sozialer Kämpfe. Als solcher bedarf er einer stetigen Weiterentwicklung, dessen Gelingen wesentlich von der Zustimmung und aktiven Beteiligung der Bürger*innen abhängt. Die dadurch erreichten Errungenschaften sukzessive von der

nationalstaatlichen auf die europäische Ebene zu übertragen scheint eine, vielleicht die wichtigste Voraussetzung, nicht nur um die Zustimmungsraten für den laufenden europäischen Integrationsprozess zu erhöhen, sondern auch diesen als eine fundamentalen Errungenschaft einer sich als Solidargemeinschaft der Europäer*innen in das Bewusstsein zu verankern. Im Zentrum diesbezüglicher Bemühungen sollte die Suche nach einem zeitgemäßen, sozial verantwortlichen Individualismus stehen, der sich im Wissen um die historisch gewachsenen sozialen Errungenschaften bereit und in der Lage zeigt, sich den aktuellen Tendenzen der Entsolidarisierung entgegenzustellen. Eine besondere Herausforderung in diesem Zusammenhang stellen die aktuellen Migrationsbewegungen dar; ihre Bewältigung in Gestalt einer auf Vielfalt gerichteten Migrationsgesellschaft wird wesentlich über die Zukunft europäischer Wohlfahrtstaatlichkeit entscheiden.

Trennung von Kirche und Staat

Wenn die erste Phase des europäischen Einigungsprozesses nicht nur formal, sondern auch de facto zu einer weitgehenden Trennung von Staat und Religionsgemeinschaften geführt hat, so zeigt sich nicht erst mit einer vermehrten Zuwanderung aus muslimisch dominierten Ländern die Gefahr des neuerlichen Aufwallens von religiös bedingten Kulturkämpfen. Umso wichtiger erscheint es – mit den Erfahrungen der verheerenden Religionskriege auf dem europäischen Kontinent - auf eine klaren Trennung zwischen Religion und Staat zu bestehen und damit die Ausübung religiöser Bekenntnisse in die Sphäre des Privaten zu verweisen. Dazu gehörte auch, die sich daraus ergebenden Konsequenzen, etwa im gleichberechtigten Verhältnis von Mann und Frau in das praktische Leben zu integrieren.

Die religiöse Dimension ist nur ein Indiz für die Notwendigkeit der Wiedergewinnung eines historischen Bewusstseins zur spezifisch europäischen Verantwortung für die friedliche Austragung jedweder Konflikte. Immerhin zeigt sich in Europa wie in keinem anderen Kontinent die enge Verwobenheit von besonderer Brutalität und Grausamkeit in der politischen Auseinandersetzung mit der Entwicklung zivilisatorischer Errungenschaften, die Europa für viele Menschen von außerhalb zu einem Sehnsuchtsort haben werden lassen. Es war die herausragende Intention des europäischen Projektes, die beiden Seiten der europäischen Medaille ein für alle Mal voneinander zu trennen, eine spezifische europäische Errungenschaft, die in Zeiten rechter kultureller Hegemonie zunehmend auch für das künftige Verhältnis von Staat und Kultur zu überdenken wäre.

Maßnahmen

Zuletzt ein kleiner Katalog von möglichen Maßnahmen zur Beförderung eines europäischen Kulturbewusstseins, der zum gegebenen Zeitpunkt detaillierter ausgearbeitet werden kann.

- Erfolgsprogramm Erasmus: Vertiefung der persönlichen Begegnungen
- Erfolgsfaktor Mehrsprachigkeit – Europäisches Übersetzungsprogramm
- Förderung der Zusammenarbeit zwischen der repräsentativen Politik und transnationalen Sozialinitiativen der Zivilgesellschaft

- Förderung der europäischen Kommunikationsindustrien – Entwicklung eines innovativen europäischen Technologieclusters.
- Schaffung eines europäischen Informationsmediums/Kanals
- Ermöglichung eines Europäischen Geschichtsbuches für den schulischen Gebrauch
- Förderung europäischer Formen der Literatur und anderer künstlerischer Ausdrucksformen zur Stärkung eines europäischen Heimatgefühls – Stärkung der europäischen Filmindustrie
- Erfolgsfaktor Migrationsgesellschaft: Stärkere Einbeziehung von Migrant*innen und geflüchteten Menschen in den Kulturbetrieb
- Intensivierung der Kontakte im Mittelmeerraum und in Afrika